Aus dem unverbrüchlichen Recht des Beschuldigten und Angeklagten auf Verteidigung im Strafverfahren und der Funktion der Rechtsanwaltschaft als einer gesellschaftlichen Einrichtung der sozialistischen Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik folgt die spezielle Funktion des Rechtsanwalts als Verteidiger. Der Verteidiger leistet seinen Beitrag zur Lösung der Aufgaben des Strafverfahrens, indem er alle entlastenden, die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Beschuldigten oder Angeklagten ausschließenden oder mindernden Tatsachen vorbringt und den Beschuldigten und Angeklagten bei der Wahrnehmung seiner strafprozessualen Rechte berät und unterstützt (vgl. § 16 StPO). In diesem Rahmen trägt der Rechtsanwalt als Verteidiger im Strafverfahren zur Sachaufklärung und zur richtigen Gesetzesanwendung bei.³¹

In der Funktion als Verteidiger ist der Rechtsanwalt unabhängig von anderen am Verfahren Beteiligten. In Übereinstimmung mit dem Beschuldigten und Angeklagten nimmt der gewählte oder bestellte Verteidiger seine in § 64 StPO und in weiteren strafprozessualen Normen geregelten Rechte und Pflichten wahr. Über die Art und Weise der Ausübung der Verteidigungsrechte hat der Rechtsanwalt eigenverantwortlich in Übereinstimmung mit den Gesetzen zu entscheiden. Gegen den ausdrücklichen Willen des Beschuldigten oder Angeklagten darf er jedoch keine belastenden Fakten Vorbringen. Niemals kann es seine Aufgabe sein, die Schuld des Beschuldigten oder Angeklagten zu beweisen oder von sich aus Umstände darzulegen, die eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Beschuldigten oder Angeklagten begründen oder erhöhen. Dem Rechtsanwalt als Verteidiger anvertraute oder bekanntgewordene Tatsachen unterliegen dem strafrechtlich geschützten (vgl. § 136 StGB) Berufsgeheimnis. Unter den Voraussetzungen des § 27 StPO ist der Rechtsanwalt als Verteidiger zur Aussageverweigerung berechtigt und auch verpflichtet. Die unabhängige Stellung des Rechtsanwalts als Verteidiger und das auf der Grundlage der Wahl, d. h. des Vertrages zwischen Beschuldigten bzw. Angeklagten und Rechtsanwalt oder der gerichtlichen Bestellung beruhende, auf Vertrauen gegründete Verhältnis zwischen Verteidigtem bzw. Angeklagtem und Rechtsanwalt oder der gerichtlichen Verteidiger und Beschuldigtem bzw. Angeklagtem sind die Basis seiner Tätigkeit im Strafverfahren. Wünsche des Beschuldigten oder Angeklagten hinsichtlich der Ausübung der Verteidigung durch den Rechtsanwalt, die auf eine Verletzung der Pflichten des Rechtsanwalts und damit auf eine Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit hinauslaufen, muß der Verteidiger zurückweisen. Besteht der Beschuldigte oder Angeklagte auf einer solchen Forderung gegenüber dem Verteidiger, führt dies letztlich zur Ablehnung des Mandats bzw. zur Niederlegung der Verteidigung. Der Rechtsanwalt ist in seiner Verteidigung unabhängig und eigenverantwortlich, bedarf dazu aber des Vertrauens des Beschuldigten bzw. Angeklagten. Konflikte, die zwischen Mandant und Rechtsanwalt als Verteidiger nicht beigelegt werden können, müssen im Interesse der sozialistischen Gesetzlichkeit und des Ansehens der Rechtsanwaltschaft als einer gesellschaftlichen Einrichtung der sozialistischen Rechtspflege im äußersten Fall zu einer Niederlegung der Verteidigung durch den Rechtsanwalt führen. Als Bei-

31 Vgl. Hinderer/Möbus/Wallstabe, Über die Aufgaben der Strafverteidigung, in: NJ 1968, S. 261; Pein, Der Beitrag des Verteidigers zur Erforschung der objektiven Wahrheit, in: NJ 1963, S. 18 ff.